

GdP zur Kritik des Landesrechnungshofes

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) weist die Kritik der Präsidentin des Landesrechnungshofes Gaby Schäfer scharf zurück.

Der geforderte Stellenabbau in der Landespolizei und der despektierliche Blick auf notwendige vorbereitende Verwaltungsarbeit im Landespolizeiamt sollen offenbar zu einer Rückkehr zur Politik nach Haushaltslage führen. Die GdP erwartet aber eine Politik nach Notwendigkeiten und Bürgerwillen.

Torsten Jäger, GdP-Landesvorsitzender: „Unsere Versorgungsempfänger als Konsolidierungspotential zu bezeichnen, ist unverschämt. Unsere Kolleginnen und Kollegen haben ein Berufsleben lang den Buckel für dieses Land hingehalten! Auch die Backup- und Verwaltungsdienste sind in der Landespolizei von hoher Bedeutung, ohne diese Vorbereitung würden Einsatzabläufe nicht funktionieren. Da brauchen wir polizeilichen Sach- und Fachverstand ganz dringend! Solche Feststellungen kann nur jemand treffen, der nicht in Verantwortung für Innere Sicherheit und Polizei ist!“

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist die größte Interessenvertretung der Polizeibeschäftigten Deutschlands. Sie engagiert sich für ihre bundesweit über 190.000 Mitglieder, für die Zukunftsfähigkeit der Polizei sowie auf dem Gebiet der Sicherheits- und Gesellschaftspolitik.